

Einwohnerzahl und natürlich auch von der Anzahl der Tiere her, die aufgenommen werden müssen und für die wir Platz brauchen. Das müsste natürlich im Einzelnen bei den entsprechenden Ländern nachgefragt werden.

Fakt ist, dass wir bei uns in Nordrhein-Westfalen hierzu aktuell eine andere Auffassung vertreten. Die Umsetzung der Tierheimförderrichtlinie ist bei uns durchaus bewährte Praxis. Über die Erfolge des Tierheimförderprogramms hat die Landesregierung bereits mehrfach berichtet.

Die Behauptung der antragstellenden Fraktion, es würden wegen dieser Auflage viele Mittel nicht abgerufen werden – das geht ja aus Ihrem Antrag hervor –, geht tatsächlich fehl. Bis auf die vergleichsweise geringen Mittelabrufe, die wir in den Jahren 2022 und 2023 hatten, die jedoch aus den Kostensteigerungen bei Bauvorhaben infolge der bekannten Krisensituation resultierten, wird die finanzielle Hilfe des Landes bei uns weiterhin wirklich gut in Anspruch genommen.

Es ist aktuell sogar so, dass die im Haushalt 2024 zur Verfügung stehenden Mittel bereits jetzt nahezu vollständig ausgeschöpft beziehungsweise auch verplant sind. Gleichwohl werden wir den Mittelabruf in diesem Jahr natürlich im Auge behalten. Mögliche Handlungsoptionen wird die Landesregierung im Zuge der Evaluierung des Förderprogramms rechtzeitig bewerten.

Auf diese Weise stellen wir dann auch sicher, dass sowohl die zugrunde liegende Konzeption als auch die Förderinstrumente sinnvoll und praxistauglich weiterentwickelt werden können. – Vielen Dank.

(Beifall von der CDU und den GRÜNEN)

Vizepräsident Rainer Schmeltzer: Vielen Dank, Frau Ministerin. – Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Somit sind wir am Schluss der Aussprache und kommen zur Abstimmung. Die antragstellende Fraktion der SPD hat direkte Abstimmung beantragt. Wir kommen somit zur Abstimmung über den Inhalt des Antrags Drucksache 18/8124.

Wer stimmt dem Antrag zu? – Das sind die Fraktionen der SPD und der FDP. Wer stimmt dagegen? – Das sind die Fraktionen von Bündnis 90/Die Grünen, CDU und AfD. Wer enthält sich? – Niemand. Damit ist der **Antrag Drucksache 18/8124 abgelehnt**.

Wir kommen zu:

8 Wehret den Anfängen – Kinder- und Jugendkriminalität durch einen ganzheitlichen Ansatz begegnen

Antrag
der Fraktion der FDP
Drucksache 18/8120

Ich eröffne die Aussprache und erteile für die antragstellende Fraktion dem Abgeordneten Lürbke das Wort.

Marc Lürbke (FDP): Sehr geehrter Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Der Tod zweier junger Ukrainer, getötet in einem Akt sinnloser Gewalt mitten am Tag vor dem Oberhausener Hauptbahnhof vor wenigen Tagen, macht fassungslos; der macht sprachlos, der macht wütend. Zwei junge Leben einfach sinnlos ausgelöscht – was für eine Tragödie.

Wie kann es sein, dass Jugendliche – eigentlich Kinder – Messer wie andere Kaugummis oder Hausschlüssel mit sich herumtragen und bereit sind, diese eiskalt und ohne Rücksicht oder Respekt vor dem Leben gegen ihre Mitmenschen einzusetzen? Wie kann es sein, dass wir hier immer wieder über 12-, 13- oder 14-jährige Intensivtäter sprechen? Und was ist als Rechtsstaat oder als Gesellschaft eigentlich unsere Antwort darauf?

Fakt ist: Wir haben in Nordrhein-Westfalen ein wachsendes Problem mit Kinder- und Jugendkriminalität. Das ist nicht zu leugnen. Die Zahlen sind erheblich angestiegen, und das muss uns alle mit großer Sorge erfüllen.

Bei jeder fünften Straftat 2022 gab es Tatverdächtige unter 21 Jahren. Das ist eine besorgniserregende Entwicklung, die noch bedenklicher wird, wenn man dazu noch die Gruppe der sogenannten Intensivtäter mit in die Gleichung nimmt – eine Gruppe von 6 bis 8 %, die aber für die Hälfte der Straftaten eines Jahres verantwortlich ist.

Die Tatverdächtigen in Oberhausen, von denen ich sprach, zählen offenbar genau zu dieser Gruppe der Intensivtäter. Gerade diese Gruppe wird erwiesenermaßen auch im Erwachsenenalter straffällig.

Deswegen wird es höchste Zeit, dass die Landesregierung endlich die Prävention, die Eindämmung und auch die Strafverfolgung im Bereich der Jugendkriminalität zur Chefsache macht. Herr Minister Reul, ich fordere Sie auf: Machen Sie das zur Chefsache.

(Beifall von der FDP und der SPD)

Ich spreche aber nicht nur Sie alleine an. Vielmehr brauchen wir einen funktionierenden ganzheitlichen Ansatz. Denn es fehlt an besserer Prävention. Es fehlt an schnelleren Verfahren in der Justiz. Es fehlt an Schulsozialarbeitern an den Schulen. Das alles müssen wir allerdings verzahnen. Schließlich bringt es am Ende nichts, einfach nur ein paar Staatsanwälte mehr einzustellen oder hier und da mal einen Sozialarbeiter an eine Schule zu schicken. Frau Dr. Höller, ich glaube, das waren sogar Ihre Worte, die Sie in der letzten Innenausschusssitzung bemüht haben, als es darum ging, Lösungen für die gestiegene Gewalt gegen Einsatzkräfte zu finden. Wir

brauchen einen ganzheitlichen Ansatz, und ich denke, das sehen Sie genauso.

Wir müssen nicht nur mehr machen, sondern wir müssen das vor allen Dingen koordiniert machen. Deswegen schlagen wir Ihnen heute zwölf Punkte vor, was zu tun ist. Das ist vielleicht nicht vollständig. Das ist vielleicht auch nicht alles allein „Copyright FDP“. Aber das sind Punkte, die in Nordrhein-Westfalen schnellstmöglich Hand in Hand umgesetzt werden müssen. Leider übt sich die Landesregierung bei diesen Themen vielfach in akademischen Turnübungen. So verschenken Sie wertvolle Zeit. Dabei haben wir bei den zugrunde liegenden Fragestellungen längst kein Erkenntnisproblem mehr. Wir wissen doch, worüber wir reden. Wir haben in diesem Land ein Umsetzungsproblem, meine Damen und Herren, und das müssen wir angehen. Sie schaffen es allerdings nicht, aus vorhandenem Wissen endlich auch konkrete Politik zu machen. Die braucht es aber, um diesem Phänomen und seinen allzu oft leidvollen, ja tödlichen Folgen zu begegnen.

Ich denke, da sind wir uns einig, und eigentlich sind die nächsten Schritte auch klar. Wir müssen die vorhandenen Konzepte und Programme in der Kinder- und Jugendarbeit, in den Schulen, in den Jugendzentren, aber auch von Polizei und Justiz so verzahnen, dass wir in Nordrhein-Westfalen ein effektives Frühwarnsystem haben, um falsche Entwicklungen auch rechtzeitig zu erkennen.

Im zweiten Schritt müssen wir nicht nur daneben stehen, sondern auch konkrete Alternativen für Kinder und Jugendliche aufzeigen, die nur allzu oft in Umständen aufwachsen, die kaum positiven Zuspruch, Anerkennung und Motivation kennen.

Dann geht es am Ende auch um Chancen und Perspektiven. Also, schaffen Sie auch Rahmenbedingungen, die es Unternehmen, aber auch der Verwaltung leichter machen, Praktika anzubieten. Unterstützen Sie unsere Schulen, das Ehrenamt und unsere Kommunen noch stärker bei diesen riesengroßen Herausforderungen. Und evaluieren Sie bestehende Programme, wie beispielsweise „Diversion vor Strafe“, und ich glaube, wir müssen das Rad hier auch nicht neu erfinden, sondern nur weiterdrehen. Also, rollen Sie beispielsweise das Konzept des Hauses des Jugendrechts in der Fläche aus. Auch hier braucht es keine Neuerfindung der Jugendarbeit.

Insofern kann ich Sie nur auffordern: Fangen Sie bitte an, weitere Schritte zu gehen, und am besten mit Hochdruck, und zwar Hand in Hand und koordiniert mit den Netzwerkpartnern und nicht irgendwann, sondern jetzt, meine Damen und Herren. Die aktuelle Entwicklung muss uns dafür Anlass genug sein. – Herzlichen Dank.

(Beifall von der FDP und der SPD)

Vizepräsident Rainer Schmeltzer: Vielen Dank, Herr Kollege Lürbke. – für die CDU-Fraktion spricht jetzt Frau Abgeordnete Erwin.

Angela Erwin (CDU): Sehr geehrter Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir beschäftigen uns heute mit einem wichtigen Thema, nämlich der Kinder- und Jugendkriminalität. Das zeigen die steigenden Zahlen im gesamten Bundesgebiet, und diese Entwicklung müssen wir alle mit Sorge betrachten.

Es ist erschreckend, dass immer mehr Kinder und Jugendliche schwere Straftaten teilweise an Gleichaltrigen oder Jüngeren begehen. Jüngst haben wir im Innenausschuss – der Kollege Lürbke hat es schon gesagt – über die brutalen Überfälle auf zwei junge Ukrainer in Oberhausen gesprochen. Und nicht nur der Ausschuss, sondern auch das Plenum beschäftigen sich daher auch nicht das erste Mal mit diesem Thema.

Vor fast genau acht Monaten brachten wir den Antrag „Ursachen und Gründe für gestiegene Kinder- und Jugendkriminalität wissenschaftlich untersuchen und Lösungskonzepte entwickeln“ ins Plenum ein. Die Landesregierung wurde beauftragt, eine unabhängige wissenschaftliche Studie in Auftrag zu geben, die Erkenntnisse zu den Gründen und Ursachen für den Anstieg der aktuellen Fallzahlen von Kinder- und Jugendkriminalität erforscht und auf Basis der gewonnenen Erkenntnisse ressortübergreifende Handlungsempfehlungen erarbeiten soll.

Dieser Antrag wurde damals einstimmig verabschiedet. Wir alle waren uns fraktionsübergreifend einig, dass wir zunächst Zahlen, Daten, Fakten, aber vor allem auch Hintergründe benötigen, um daraus konkrete Handlungsempfehlungen abzuleiten und Maßnahmen zu ergreifen.

Ich frage mich daher beim Lesen des heutigen Antrags: Wie passt das zusammen? Auf welcher Basis beruhen die im Antrag enthaltenen Vorschläge? Hatte die antragstellende Fraktion eine Wiedervorlage notiert?

Wir waren uns bei diesem Thema doch eigentlich einig und auf einem vernünftigen Weg. Ich zitiere mit der Erlaubnis des Präsidenten gerne meinen Kollegen Herrn Golland, der damals gesagt hat:

„Wir können alle gemeinsam schlauer werden – oder aber dieses Thema zur politischen Auseinandersetzung nutzen. Ersteres wäre im Sinne der Opfer und einer effektiven Kriminalitätsbekämpfung. Letzteres wäre kleines politisches Karo.“

(Beifall von der CDU)

Im Mai letzten Jahres, lieber Herr Kollege Dr. Pfeil, wollten wir noch gemeinsam schlauer werden.

Heute, lieber Herr Kollege Lürbke, sind Sie doch wohl wieder im kleinen politischen Karo angelangt.

Ich möchte das nicht falsch verstanden wissen. Wir sind uns hier alle einig, glaube ich, wie wichtig dieses Thema ist, und ein ganzheitlicher Ansatz ist immer gut. Aber lassen Sie uns doch erst mal die Ergebnisse der Studie abwarten. Viele Ihrer Vorschläge sind auch nicht neu. Lassen Sie mich in gebotener Kürze nur auf zwei Punkte eingehen.

Eine vernetzte Zusammenarbeit zwischen Staatsanwaltschaft, Polizei und Jugendämtern gibt es bereits. Was haben denn die Städte Düsseldorf, Dortmund, Essen, Köln, Münster, Oberhausen und Paderborn gemeinsam? Richtig: In all diesen Städten existiert bereits ein Haus des Jugendrechts.

(Marc Lürbke [FDP]: Und was haben die anderen Städte gemeinsam?)

Die Arbeitsweise ist besonders wie einzigartig. Es arbeiten im Wesentlichen drei Behörden eng zusammen, nämlich die Jugendgerichtshilfe, die Staatsanwaltschaft sowie die Polizei. Sie befassen sich mit Straftätern unter 21 Jahren, die mehrfach strafrechtlich in Erscheinung getreten sind und denen eine beginnende oder sich verfestigende kriminelle Zukunft vorhergesagt wird, also auch mit sogenannten Intensivtätern.

Dort, wo es notwendig und sinnvoll ist, Herr Kollege Lürbke, werden wir in Nordrhein-Westfalen weitere Häuser des Jugendrechts etablieren. Das steht auch so in unserem Koalitionsvertrag.

(Zuruf von Marc Lürbke [FDP])

Ja, Sie können unsere Ziele gerne weiter zitieren. Wir werden sie umsetzen.

(Beifall von Gregor Golland [CDU] und Dr. Julia Höller [GRÜNE])

Ein weiterer Baustein zur Prävention und Bekämpfung der Kinder- und Jugendkriminalität ist die Initiative „Kurve kriegen“. Dieses Projekt ist sogar Vorbild für unsere europäischen Nachbarländer.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir dürfen nicht dabei nachlassen, alle Bausteine zur Kriminalprävention und zur Bekämpfung von Kinder- und Jugendkriminalität einzusetzen. Wenn die Ergebnisse der Studie da sind, sollten wir diese und die ebenfalls enthaltenen Handlungsempfehlungen gemeinsam diskutieren. Lassen Sie uns aber bitte nicht den zweiten Schritt vor dem ersten machen.

Eine Anmerkung noch zum Schluss: Da wir heute über Kinder- und Jugendkriminalität sprechen, werden wir in Deutschland auch nicht um eine Debatte zur Strafmündigkeit und zur Frage der Anwendung von Jugendstrafrecht bzw. Erwachsenenstrafrecht bei Heranwachsenden herumkommen – und das ergebnisoffen.

(Beifall von Gregor Golland [CDU] und Thorsten Schick [CDU])

Zu diesem Themenkomplex habe ich vom Bundesjustizminister in Berlin noch nichts gehört.

Der Überweisung des Antrags in den Innenausschuss stimmen wir heute selbstverständlich zu. – Herzlichen Dank für die Aufmerksamkeit.

(Beifall von der CDU und Dr. Julia Höller [GRÜNE])

Vizepräsident Rainer Schmeltzer: Vielen Dank, Frau Kollegin Erwin. – Für die SPD-Fraktion spricht jetzt der Abgeordnete Falszewski.

Benedikt Falszewski^{*)} (SPD): Sehr geehrter Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Die Zahlen und Fakten, die im Antrag der FDP-Fraktion genannt werden, sind nicht neu, aber dennoch schockierend. Sie beschreiben ein Phänomen, welches immer häufiger sichtbar und spürbar wird, nämlich dass unsere Zukunft – so scheint es zumindest – immer gewalttätiger wird. Das dürfen wir nicht zulassen, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall von der SPD und Marc Lürbke [FDP])

Die Zahlen bei der Kinder- und Jugendkriminalität wachsen wieder stetig an. Die Täter von heute sind jünger und brutaler als früher. Das sind Fakten, die uns alle alarmieren und die Landesregierung endlich zum Handeln bringen sollten.

Um es direkt am Anfang einmal deutlich zu sagen: Die heutige Debatte und der FDP-Antrag – so wie ich ihn verstanden habe – sind keine Fortsetzung der alljährlichen gesellschaftlichen Diskussionen darüber, wie schlimm die Jugend von heute doch angeblich ist. Diese Debatten bin ich nämlich, ehrlich gesagt, leid.

Ich selbst erlebe in vielen Gesprächen in meinem Wahlkreis in Duisburg eine aufgeschlossene, friedfertige, interessierte und vor allem auch sozial engagierte Jugend. Auch diese Jugendlichen gibt es zuhauf in unserem Bundesland. Ich bin froh, dass sich viele Kinder und Jugendliche in den verschiedensten Bereichen gesellschaftlich engagieren.

Ich habe jedoch immer mehr den Eindruck, dass man sich in Nordrhein-Westfalen nur um diese Kinder und Jugendlichen kümmert. Es gibt durchaus auch Kinder und Jugendliche, die beispielsweise nicht bei Fridays for Future mitlaufen.

(Beifall von der SPD)

Es gibt eben auch Kinder, die nicht in einem bürgerlichen, gut behüteten Milieu aufwachsen. An dieser Stelle eine kleine Anmerkung für die grüne Fraktion: Ich habe durchaus den Eindruck, dass man Sie

gelegentlich daran erinnern muss, dass es nicht nur diese Jugendlichen gibt.

(Beifall von der SPD – Norwich Rüße [GRÜNE]: Bitte?)

Ich selbst komme aus Duisburg, und auch in Duisburg ist die Jugendkriminalitätsrate leider hoch. Ich kann Ihnen die Viertel, die Straßen, sogar die Schulen nennen, in denen die Kriminalitätsrate besonders hoch ist – und weiter steigen wird, wenn wir nicht handeln. Es gibt fast keinen Infostand in meinem Wahlkreis, an dem die zunehmende Gewalt und vor allem die Respektlosigkeit innerhalb unserer Gesellschaft, insbesondere bei Kindern und Jugendlichen, nicht Thema wäre.

Das Phänomen ist schon lange bekannt, und daher bin ich der FDP für den heutigen Antrag sehr dankbar, da so die Debatte wieder in das Plenum und in den Ausschuss getragen wird. Allerdings sind die folgenden im Antrag genannten Erkenntnisse und Konzepte nicht neu – das haben mein Vorgänger und meine Vorgängerin gerade schon deutlich gesagt –: beispielsweise die Stärkung der Netzwerkarbeit zwischen Schulen, Jugendhilfe, Jugendämtern, kommunalen Einrichtungen, Schulpsychologie und Sozialarbeit; der Ausbau des Austauschs mit Polizei, Feuerwehr und Rettungsdiensten, um die Leistung und den Wert der Einsatzkräfte und Rettungsdienste für unsere Gesellschaft zu verdeutlichen sowie Aufklärungsarbeit über die Folgen von strafbarem Verhalten aufzuzeigen; die Polizei sowie insbesondere die Justiz personell, materiell zu stärken, um auf Kriminalität von Kindern und Jugendlichen schnell und konsequent reagieren zu können.

Die gerade genannten Forderungen sind wie gesagt alle nicht neu. Sie müssen nur endlich umgesetzt werden, liebe Kolleginnen und Kollegen von CDU und Grünen. Handeln Sie endlich in ausreichendem Maße. Die meisten der geforderten Punkte finden sich in den Wahlprogrammen aller demokratischen Fraktionen und Parteien wieder. Daher kann ich nicht nachvollziehen, warum diese wichtigen Punkte nicht umgesetzt werden oder noch nicht umgesetzt wurden.

(Beifall von der SPD)

Warum stehen beispielsweise in meiner Heimatstadt Duisburg, die mit so vielen Problemen zu kämpfen hat, nicht die besten Schulgebäude mit genügend Lehrerinnen und Lehrern des Landes? Warum sind die Jugendzentren in finanzstarken Kommunen so viel besser ausgestattet als die Jugendzentren in Duisburg?

(Zuruf von Jens-Peter Nettekoven [CDU])

– Guter Hinweis. Wenn wir das Geld hätten, hätten wir es schon längst gemacht.

(Beifall von der SPD – Zuruf von Jule Wenzel [GRÜNE])

Das ist nämlich der Punkt, auf den ich gleich zu sprechen komme. Sie statten die Kommunen, die davon betroffen sind, nicht mit ausreichenden finanziellen Mitteln aus.

(Zuruf von Gregor Golland [CDU])

Das ist das Problem,

(Beifall von der SPD)

und deshalb haben wir eine so große Ungleichheit in unserem Land.

(Zurufe von Jule Wenzel [GRÜNE] und Marc Lürbke [FDP])

Das ist das eigentliche Problem. Sie stehen sich hier aus der Verantwortung,

(Zuruf von Gregor Golland [CDU])

diesen Kommunen ausreichend Mittel zur Verfügung zu stellen. Das ist das eigentliche Problem in diesem Land.

(Zurufe von Sebastian Watermeier [SPD], Dr. Julia Höller [GRÜNE] und Jule Wenzel [GRÜNE])

– Ja, Jule, so ist es. Du musst akzeptieren, dass ihr das nicht geschafft habt. Das ist so.

(Zuruf von Jule Wenzel [GRÜNE])

Das ist bei diesem Punkt das Problem in unserem Land – unter anderem.

Vor einer Weile demonstrierten hier bei uns vor dem Düsseldorfer Landtag über 20.000 Menschen aus den sozialen Berufen.

(Gregor Golland [CDU]: Jetzt kommt das Thema wieder!)

Einige davon kamen auch aus Duisburg, da sie dort nämlich tagtäglich erleben, was in unserem Land falsch läuft. Doch die Landesregierung aus CDU und Grünen scheint dieser verzweifelte Hilferuf vollkommen kaltzulassen, wie auch die nachfolgenden Debatten hier im Plenum und nicht zuletzt auch die Verhandlungen zum Haushalt immer wieder gezeigt haben.

Das alles sind Fragen, die nicht nur ich mir stelle, sondern die mir auch die Bürgerinnen und Bürger ...

Vizepräsident Rainer Schmeltzer: Herr Kollege, die Redezeit.

Benedikt Falszewski^{*)} (SPD): ... bei jeder Gelegenheit stellen.

Lassen Sie uns die Diskussion im Ausschuss gerne weiterführen. Da werden wir zu dem schon sehr guten FDP-Antrag auch noch ein paar Punkte ergänzen. Wir werden der Überweisung zustimmen. – Ich danke Ihnen für die Aufmerksamkeit.

(Beifall von der SPD)

Vizepräsident Rainer Schmeltzer: Vielen Dank, Herr Kollege Falszewski. – Für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen spricht jetzt die Abgeordnete Dr. Höller.

Dr. Julia Höller (GRÜNE): Sehr geehrter Herr Präsident! Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen der demokratischen Fraktionen! Jede einzelne Tat eines Kindes oder einer Jugendlichen sorgt bei vielen von uns für eine besondere Betroffenheit und ein längeres Innehalten, weil tief in uns verwurzelt ist: Wir müssen unsere Kinder und Jugendlichen davor schützen, dass sie Opfer oder zu Tätern werden.

Ich gebe zu: Als Mutter von zwei Kindern ist dieser Impuls emotional besonders stark. Als Politikerin sehe ich es als unsere Aufgabe an, die bestmöglichen Weichen dafür zu stellen, dass unsere Kinder und Jugendlichen sicher aufwachsen können.

(Beifall von den GRÜNEN)

Meistens sind es nicht die allerbesten Initiativen, wenn man aus einer emotionalen Betroffenheit heraus Politik macht. Dennoch ist es so unendlich schwer, sich davon zu lösen. Genau deshalb ist es so wichtig, auf die Fakten zu schauen und eher der Wissenschaft zuzuhören, als dem eigenen Bauchgefühl zu folgen.

Ich bin froh, dass alle demokratischen Fraktionen unseren Antrag zur Erstellung einer wissenschaftlichen Studie zur gestiegenen Kinder- und Jugendkriminalität unterstützen. Denn wir haben ein Erkenntnisproblem, Herr Lürbke. Das kann man nicht wegre-den, indem man sagt, dass man dieses oder jenes glaube. Vielmehr ist nicht klar, was dieser Anstieg bedeutet. Sind das einmalige Ausreißer? Oder gibt es einen Trend?

(Marc Lürbke [FDP]: Bis dahin machen wir nichts? – Zuruf von Marcel Hafke [FDP])

Wir wissen nicht, an welchen vielschichtigen Gründen das liegt. Wir wissen auch nicht, ob wir neben den von uns so zahlreich auf den Weg gebrachten Maßnahmen noch andere brauchen. Genau dafür benötigen wir die Studie.

(Beifall von den GRÜNEN)

Ich kann verstehen, dass ihr ungeduldig werdet und drängelt.

(Marcel Hafke [FDP]: Noch sitzen wir uns! – Zuruf von Marc Lürbke [FDP])

Ich verrate Ihnen mal etwas – die Ministerien mögen es mir verzeihen –: Ich bin auch ungeduldig. Vielleicht drängele ich auch mal, indem ich frage: Was ist denn jetzt damit?

Wir brauchen die Daten. Wir brauchen den wissenschaftlichen Input, um in unserer verständlichen Emotionalität nicht schnell irgendetwas auf den Weg zu bringen und dann zu merken: Ach nee, passt gar nicht. – Denn das wäre fatal.

Vizepräsident Rainer Schmeltzer: Frau Kollegin, es besteht der Wunsch nach einer Zwischenfrage. Es ist nicht der Kollege Höne, aber der Kollege Lürbke.

Dr. Julia Höller (GRÜNE): Ja, das habe ich mir gedacht. Gerne.

Vizepräsident Rainer Schmeltzer: Bitte schön.

Marc Lürbke (FDP): Herzlichen Dank, Herr Präsident. – Frau Kollegin, vielen Dank, dass Sie die Zwischenfrage zulassen.

Sie haben gerade von der Studie gesprochen. Mir ist weiterhin völlig unklar, wann denn eigentlich die Ergebnisse kommen. So lange können wir bzw. kann die Landesregierung die Hände nicht in den Schoss legen. Wann ist der Tag X, an dem Sie die Ergebnisse der Studie erhalten? Wann rechnen Sie denn damit?

(Andreas Bialas [SPD]: Ja, und wann kommen die Maßnahmen?)

Vizepräsident Rainer Schmeltzer: Bitte schön, Frau Kollegin.

Dr. Julia Höller (GRÜNE): Vielen Dank für die Frage, Herr Lürbke. Ich bin leider nicht die Landesregierung. Wir als Parlament haben die Landesregierung aufgefordert, eine solche Studie zu beauftragen.

(Benedikt Falszewski [SPD]: Oh!)

Ich bin sehr sicher – deswegen haben wir auch gefragt –, dass die Studie bald vorliegt und entsprechende Ergebnisse bzw. Zahlen beinhaltet.

(Zuruf von Marcel Hafke [FDP])

Wir wissen aber auch: Wenn die Studie korrekt und nicht vereinfacht nach Bauchgefühl mit der Zahl X und der Annahme, es könnte so oder so sein, durchgeführt wird, dann bringt es nichts, jetzt über die

Zahlen zu spekulieren. Es ist wichtig, dass wir das umsetzen. Wir könnten jetzt bemängeln, dass alles zu langsam geht oder nicht ausreicht, aber auch festhalten, dass es zunächst doch gut ist, dass wir die Studie beauftragt haben.

Wir wissen genau, dass wissenschaftliche Studien nicht von heute auf morgen vorliegen, da es um die Gründe geht, die vielschichtiger sind als die Aussage: Sie werden alle kriminell.

(Andreas Bialas [SPD]: Herzlichen Glückwunsch!)

Das Wichtigste ist – das geht auch in Richtung FDP; ich bin dankbar, dass Sie den Antrag gestellt haben –, dass die etablierten Maßnahmen bzw. Ansätze, die auch in der Studie untersucht werden, weiterlaufen und weiter ausgebaut werden. Genau das zeigt dieser Antrag.

(Lachen von Marc Lürbke [FDP] und Klaus Vossemer [CDU])

NRW ist Vorreiter bei den Häusern des Jugendrechts. Vergangenes Jahr wurde in Düsseldorf das siebte Haus des Jugendrechts in NRW eröffnet.

Mit Kolleginnen und Kollegen aus meiner Fraktion durfte ich mir das Haus des Jugendrechts in Köln anschauen und mit den Menschen dort sprechen. Ich war sehr beeindruckt, zu sehen, was der interdisziplinäre Ansatz bringt, dass er wirkt und dass Jugendliche nicht nur als Täter, sondern als Menschen im Mittelpunkt der Arbeit stehen. An dieser Stelle herzlichen Dank an die Beteiligten für diese schwierige und sicherlich häufig sehr belastende Arbeit.

(Beifall von den GRÜNEN)

Vizepräsident Rainer Schmeltzer: Frau Kollegin, bei der Kollegin Kavena besteht der Wunsch nach einer Zwischenfrage. Würden Sie diese auch zulassen?

Dr. Julia Höller (GRÜNE): Klar.

Vizepräsident Rainer Schmeltzer: Na klar. – Bitte schön.

Anna Teresa Kavena (SPD): Vielen herzlichen Dank für die Annahme meiner Frage.

Ich möchte gerne wissen, wie Sie dazu stehen oder ob Sie das für richtig halten. Sie sprechen die ganze Zeit von der wissenschaftlichen Begutachtung der Gründe, warum die Kinder- und Jugendkriminalität zunimmt. Denken Sie nicht, dass sich diese Antwort in der Bevölkerung aus Gesprächen mit Erzieherinnen und Erziehern, Sozialarbeitern und Sozial-

arbeiterinnen, Lehrerinnen und Lehrern, also allen, die im sozialen Spektrum arbeiten, ergibt?

Vizepräsident Rainer Schmeltzer: Bitte schön, Frau Kollegin.

Dr. Julia Höller (GRÜNE): Vielen Dank, Frau Kavena. Ich habe die Frage nicht ganz verstanden.

(Sebastian Watermeier [SPD]: Das glaube ich auch! – Lachen von Anna Teresa Kavena [SPD])

Sie haben gerade gesagt: Na ja, das ergibt sich irgendwie aus Gesprächen. – Genau das bezeichne ich als Bauchgefühl. Wir alle führen unterschiedliche Gespräche und bekommen unterschiedliche Rückmeldungen. Diese Erfahrungen wichtig. Die machen wir alle, wenn wir in die Fläche gehen und mit Menschen sprechen.

Wir wollen aber – dem haben Sie als Fraktion auch zugestimmt – nicht nur einzelne Gespräche berücksichtigen, sondern wir wollen uns das wissenschaftlich anschauen. Soziologen und Erziehungswissenschaftler sind daran beteiligt. Das sind diejenigen, die aus ihrer Profession heraus die Fakten zusammenzählen. Das ist der Unterschied.

„Das ergibt sich mal eben daraus“, das ist nicht die Art, wie wir Innenpolitik betreiben. Vielmehr betreiben wir faktenbasierte Innenpolitik auf Basis von Studien.

(Beifall von den GRÜNEN)

Ich versuche mal, weiterzumachen. Auch die Netzwerkarbeit, die Sie in dem Antrag nennen, findet statt. Der Landesarbeitskreis Jugendhilfe, Polizei und Schule fördert die Vernetzung auf lokaler Ebene und unterstützt die Präventionsarbeit.

(Zuruf von Marc Lürbke [FDP])

Ein weiterer Baustein ist „Kurve kriegen“. Wir reden oft über dieses Programm. Es ist in fast allen Kreispolizeibehörden etabliert und ein deutschlandweit einmaliges Präventionsprojekt für potenzielle junge Intensivtäter*innen.

(Elisabeth Müller-Witt [SPD]: Wer hat es eingeführt? Wer hat es eingeführt?)

Das Projekt „Kurve kriegen“ zeigt, wie wichtig Vernetzung und Interdisziplinarität für gelingende Prävention sind.

Personelle Unterstützung der Polizei leisten wir mit den 3.000 Einstellungen. Es kommt aber nicht nur darauf an, wie viele wir einstellen, sondern auch darauf, wo wir sie hinbringen. Klar ist, dass es bei Ju-Cops, Bezirksbeamten und Sicherheit im Quartier nicht nur um mehr geht, sondern auch darum, wie wir sie einsetzen.

Ein Aspekt fehlt mir in dem Antrag, nämlich die Rolle von toxischer Männlichkeit, das Aufbrechen patriarchaler Strukturen und Gruppendynamiken. Schaut man auf die Gründe, geht es um die Rolle von Eltern und Erziehung. Wissenschaftlich gesehen – das ist einhellige Meinung – ist die beste Strategie gegen Gewalt durch Kinder und Jugendliche gute Kinder- und Jugendarbeit.

(Beifall von den GRÜNEN und Wilhelm Korth [CDU])

All das läuft gut. Den Antrag hätte es dafür nicht gebraucht. Dennoch ist Ihr Antrag für uns alle und insbesondere für die Kinder und Jugendlichen in NRW relevant – Herr Lürbke, ich will Sie loben –,

(Marc Lürbke [FDP]: Da höre ich zu!)

weil Sie damit zeigen, dass es für ein gelungenes Vorgehen gegen Kinder- und Jugendkriminalität vor allem Prävention braucht. Bisher habe ich das von Ihnen so nicht gehört, und jetzt kommt es. Das ist sehr wichtig und gibt mir Hoffnung, dass wir gemeinsam für gute Bedingungen für unsere Kinder und Jugendlichen streiten können.

Der Überweisung dieses Antrags stimmen wir natürlich gerne zu. – Vielen Dank.

(Beifall von den GRÜNEN und Wilhelm Korth [CDU])

Vizepräsident Rainer Schmeltzer: Vielen Dank, Frau Dr. Höller. – Für die Fraktion der AfD spricht jetzt der Abgeordnete Wagner.

Markus Wagner^{*)} (AfD): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Die Kriminalität steigt und steigt. Die Kinder- und Jugendkriminalität, das heutige Thema, stieg um 41 %. Alleine diese Zahl zeigt: Die Landesregierung hat die Sache nicht mehr im Griff.

Die Meldungen häufen sich:

Gelsenkirchen. Sechsjähriger zum Sprung von Empore gedrängt, die Täter neun und zehn Jahre alt.

Mülheim. Fünf Jugendliche vergewaltigen eine 18-Jährige. Die jüngsten Täter waren gerade einmal zwölf Jahre alt.

Meinerzhagen. Der 16-jährige Philipp versucht, eine Schlägerei zwischen seinen Freunden und einer rivalisierenden Clique in einem Skaterpark zu schlichten. Die Folge: Tritte und Schläge gegen den Kopf. Massive Hirnblutungen sind die Folge. Er fällt ins Koma und bezahlt seinen Mut schließlich mit dem Leben. Die Täter: eine Multikultibande.

Tatort Schule. Hier gab es im Jahr 2022 allein in NRW 193 Messertaten. Messertaten an jedem Schultag in unseren Schulen, ein Anstieg um 47 %.

Tatort – man glaubt es kaum – Kinderspielplatz. Die Straftaten auf Spielplätzen insgesamt stiegen von 2020 auf 2022 auf 3.216 Taten. Mehr als elf Straftaten am Tag alleine auf Spielplätzen. Wo leben wir eigentlich mittlerweile?

Das nächste Thema: Intensivtäter. 463 jugendliche Dauerkriminelle allein in Nordrhein-Westfalen. Ich zitiere Sie, Herr Minister Reul: Die kriminelle Karriere als Intensivtäter kostet den Steuerzahler eine Menge Geld. Die Delikte eines Intensivtäters kosten alleine rund 1,7 Millionen Euro für Krankenhausaufenthalte und Polizeieinsätze.

463 Intensivtäter mal 1,7 Millionen Euro sind knapp 800 Millionen Euro – 787,1 Millionen Euro, um genau zu sein, nur durch diese Gruppe, nur für Krankenhaus und Polizei. Es ist ein Wahnsinn, was hier mittlerweile abgeht. Es ist ein Wahnsinn, wofür uns Steuerzahlern das Geld weggenommen wird, nur weil Sie politisch versagen.

Wie nennen Sie das als selbsternannte Superdemokraten noch mal? Ach ja, „Transformation“ oder „bunte Vielfalt“. Zur bunten Vielfalt gehören natürlich auch Abschiebungen von Intensivtätern. Die laufen aber nicht, dafür relativ problemlos Einbürgerungen. Das ist der Sache gegenüber nun einmal nicht angemessen.

Es ist doch klar, dass wir uns auch über die Strafmündigkeit unterhalten müssen, wenn Zwölfjährige 34 Gewalttaten begehen, wenn die Mörderinnen von Luise in Freudenberg vorher googeln, ob sie dafür bestraft werden. Natürlich kann es bei Kindern nicht um ein einfaches Wegsperrn gehen; das ist schon klar. Wenn Kinder allerdings davon ausgehen können, dass selbst Tötungsdelikte bis auf Maßnahmen des Jugendamtes folgenlos bleiben, dann verstehen das manche als indirekte Einladung.

Die Wissenschaft ist übrigens recht eindeutig in dieser Frage: Je früher eine Straftat geahndet wird, desto geringer ist die Rückfallquote.

In England und Wales etwa kann das bereits ab zehn Jahren geschehen, in Irland, den Niederlanden, Ungarn und Kanada ab zwölf. Das sind keine Unrechtsstaaten. Daher müssen wir darüber offen sprechen.

Offen sprechen müssen wir auch über Ihre Transformation für Kinder: in der Kita Frühsexualisierung und Masturbationsräume; in der Schule kaputte Toiletten, Demoplicht gegen rechts; vom Land der Dichter und Denker zu Annalena Baerbock und Ricarda Lang.

(Zuruf von Tim Achtermeyer [GRÜNE])

Ihre Transformation – egal, ob bei Energie, Infrastruktur oder Migration – ein Traum? Nein, ein Albtraum.

Wo wir bei „Albtraum“ sind: Es gibt eine klare Korrelation zwischen Ihren autoritären, unwissenschaftlichen Coronazwangsmaßnahmen und der Zunahme

der Verhaltensauffälligkeiten unserer Kinder und Schüler. Ich weiß noch genau, wie Sie Kinder mit der Polizei vom Schlitten haben jagen lassen, wie Sie ihnen Angst gemacht haben, Sie würden ihre Oma töten, wie Sie sie zum Dauertesten gezwungen haben.

(Zuruf von Norwich Rüße [GRÜNE])

Und jetzt, wo der ganzen Welt klar ist, was für ein Unsinn das alles war, sind Sie ganz still – bloß nicht darüber reden, bloß keinen Untersuchungsausschuss und bloß keine Entschuldigung. Aber wir vergessen nicht.

(Norwich Rüße [GRÜNE]: Wer hat sich denn als Erstes impfen lassen?)

Zum Schluss, liebe FDP: Sie überschreiben Ihren Antrag mit „Wehret den Anfängen“. Ich kann Ihnen sagen: Über die Anfänge sind wir schon lange hinaus. Wir sind bereits mittendrin, und daher brauchen wir neben Prävention auch Repression. Deswegen müssen wir, wenn Sie wirklich ein ganzheitliches Konzept wollen, dringend über das Strafmündigkeitsalter sprechen, denn ohne das werden wir keine Lösung in dieser Frage erreichen, auch nicht durch Prävention und Sozialarbeiter. – Herzlichen Dank.

(Beifall von der AfD)

Vizepräsident Rainer Schmeltzer: Danke, Herr Abgeordneter Wagner. – Für die Landesregierung spricht jetzt Minister Reul.

Herbert Reul, Minister des Innern: Herr Präsident! Meine Damen und Herren Abgeordnete! Was am 10. Februar passiert ist – da sind wir uns ja einig; es ist auch schon ein paarmal darüber diskutiert worden –, war fürchterlich. Die zwei jungen Ukrainer, die in unserem Land Schutz gesucht haben, sind Opfer einer grausamen Tat geworden.

Wenn junge Menschen, 17, 18 Jahre alt, von anderen jungen Menschen, die 14, 15 Jahre alt sind, auf offener Straße getötet werden, dann läuft schon etwas schief. Das ist doch klar. Da muss man nicht drum herumreden.

Nach der Tat – das ist der Teil, den man auch benennen muss – hat die Polizei allerdings alle vier Tatverdächtigen schnell ermittelt und festgesetzt; sie sitzen nun in Untersuchungshaft. Das ist auch ein Teil der Wahrheit, den man beachten sollte.

Polizeiarbeit alleine wird das Problem nicht lösen, da waren sich bisher alle Redner einig. Das war gewissermaßen auch das Fazit im Innenausschuss.

Deswegen bin ich mit der Forderung des FDP-Antrags nach einem ganzheitlichen Ansatz einverstanden. Das ist allerdings von begrenzter Neuigkeit.

(Beifall von der CDU und Dr. Julia Höller [GRÜNE])

Von dem ganzheitlichen Ansatz höre ich oft. Das ist richtig, es hilft mir aber noch nicht.

(Andreas Bialas [SPD]: Das ist unfassbar bei den Zahlen!)

Das gilt ganz besonders in einer Zeit, in der aus verschiedensten gesellschaftlichen Gründen Kinder- und Jugendkriminalität zunimmt. Das kann man ja nachlesen, die Zahlen sind klar. Das bestreitet auch niemand.

Übrigens weise ich nicht erst seit gestern auf das Problem hin, sondern habe das schon im letzten Jahr getan. Da brauche ich keine Nachhilfe, Herr Lürbke. Chefsache ist das schon die ganze Zeit. Zu Recht greifen Sie mich an. Das ist Chefsache, und ich habe es zu einer ganz wichtigen Aufgabe gemacht. Ich glaube, daran kann man nicht vorbeischauchen.

Ich hatte allerdings darauf gehofft, dass der Antrag nicht nur einen interessanten Namen hat, sondern auch ein paar neue Ideen liefert –

(Marc Lürbke [FDP]: Stehen doch drin!)

oder wie nennt man das? –, dass man einen Anpack bekommt, ganz konkrete Vorschläge. Das finde ich ein bisschen wenig.

Natürlich gibt es Gründe, warum diese Kriminalität entsteht. Wir alle wollen das genau wissen. Um das zu untersuchen, haben wir einen Auftrag an die Wissenschaft auf den Weg gebracht, wie das Plenum es beschlossen hat. Glauben Sie aber nicht, dass so einfach ein Ergebnis dabei herauskommt. Das wird uns helfen, aber es wird nicht den einen Grund liefern, weil es leider komplizierter ist; darauf wette ich. – Erstens.

Zweitens. Sie schreiben, dass wir uns vor allem um die kümmern müssen, die besonders auffällig sind. Das sehe ich genauso. Deshalb gibt es Intensivtäterkonzepte. Was meinen Sie, warum wir die haben? Zwei der Jugendlichen aus Oberhausen waren auch schon auf dem Schirm.

Drittens. Sie fordern in vielen Punkten eine aufgabenteilige Kooperation der verschiedenen Verantwortungsträger. Ja, das Intensivtäterkonzept fußt explizit auf einer Vernetzung mit Staatsanwaltschaften, Gerichten, Jugendämtern, Trägern der freien Jugendhilfe, Schulen usw.

Vizepräsident Rainer Schmeltzer: Herr Minister, Kollege Lürbke hat den Bedarf nach einer Zwischenfrage. Würden Sie die zulassen?

Herbert Reul, Minister des Innern: Wenn sie meine Zeit nicht unnötig belastet, dann machen wir das.

Vizepräsident Rainer Schmeltzer: Natürlich halten wir die an. – Bitte schön.

Marc Lürbke (FDP): Vielen Dank, Herr Minister, für die Möglichkeit der Nachfrage. – Ich bin etwas erstaunt, dass Sie sagen, in dem Antrag stehe nicht viel Neues. Ich würde mir wünschen, wenn Ihnen das alles bekannt ist, dass Sie es auch umsetzen.

(Beifall von der SPD)

Meine Frage bezieht sich aber auf die Wissenschaft und die Studie, die Sie gerade angesprochen haben. Die regierungstragenden Fraktionen konnten jetzt keine Aufklärung leisten, für die Landesregierung können Sie das bestimmt. Man hat den Eindruck, dass nicht allzu viel passiert, bis die Ergebnisse der Studie vorliegen. Ich halte das für einen Fehler. Können Sie uns erklären, wann die Ergebnisse der Studie zu erwarten sind? Wann geht es denn endlich los?

Vizepräsident Rainer Schmeltzer: Bitte, Herr Minister.

Herbert Reul, Minister des Innern: Wann das Ergebnis vorliegt, kann ich Ihnen nicht 100%ig sagen, weil es nicht allein in meiner Hand liegt, sondern von dem Wissenschaftler abhängig ist, der das Gutachten erstellt. Es gibt eine gewisse Zeitvorgabe, aber das kann ich nicht abschließend beantworten.

Das andere ist auch falsch, Herr Lürbke, es tut mir leid. Ich habe nicht nur Vorschläge gemacht, sondern ich habe vorgetragen, was schon gemacht wird.

(Beifall von der CDU und den GRÜNEN)

Auch das Haus des Jugendrechts gibt es schon. Wir können immer noch mehr machen, da bin ich doch dabei. Das planen wir auch. Manchmal scheitert es aber daran, dass jemand vor Ort nicht will. Es ist nicht immer nur die Landesregierung. Manchmal ist es auch ein Finanzproblem. Man kann nicht alles auf einmal machen. Es wird systematisch ausgebaut, sieben gibt es schon.

„Kurve kriegen“: Kein Mensch bestreitet das. Das ist doch keine Theorie, das ist ein Modell. Das gibt es schon. In der OSZE wird es als eines der besten Best-Practice-Modelle vorgestellt. In Schweden sind mittlerweile mehrere Stationen vergleichbarer Art aufgebaut worden.

Der Vorwurf, dass wir da nichts tun, geht wirklich voll in die Hose, um es mal salopp zu sagen. Aber es stimmt, dass das Problem nach wie vor da ist und zu groß ist, weil es eben kompliziert ist und weil es vielleicht weder eine Ursache noch einen einzigen Lösungsweg gibt, mit dem man es lösen kann.

Man wird an ganz vielen Ecken arbeiten und Ausdauer haben müssen. Es handelt sich um Kinder und Jugendliche, um die Frage, warum sie heute auffälliger und gewalttätiger sind als früher. Das hat ja etwas mit Entwicklungen zu tun. Diese Fragen kann die Polizei alleine garantiert nicht beantworten. Deshalb wird an vielen, vielen Stellen daran gearbeitet.

Bei „Kurve kriegen“ haben wir mittlerweile ... 19 waren es übrigens im Jahr 2017. Ahnen Sie, wie viele es jetzt sind? 42. Sind das mehr oder weniger? Es sind mehr.

(Andreas Bialas [SPD]: Die Zahlen gehen trotzdem durch die Deckel!)

Ich glaube, mit solchen Reden werden wir mit diesem Problem, das gravierend und groß ist, das eine bedrückende Situation darstellt, nicht fertig, wenn ich das sagen darf. Statt dramatisch das Problem zu beschreiben, zu skandalisieren, die ganze Welt sei im Chaos, wäre es doch besser, zu sagen: Da musst du mal was tun.

Diese Landesregierung tut eine ganze Menge. Es kann sein, dass das nicht genug ist. Vielleicht haben Sie noch eine kluge Idee, die wir nicht hatten. Die würde ich allerdings gerne hören.

Das allgemeine Gerede hilft uns nicht weiter, sondern schürt Stimmung und löst kein Problem. Das ist eine der Ursachen, warum wir in der Gesellschaft momentan so ein Problem haben. Die Leute haben den Eindruck, wir kriegen nichts hin. Das ist nicht wahr. Die Politik kriegt eine Menge hin, aber nicht alles, und 100 % Sicherheit wird es auch nicht geben. Das gehört auch zur Wahrheit dazu.

Vizepräsident Rainer Schmeltzer: Herr Minister, es besteht der Wunsch nach einer weiteren Zwischenfrage, und zwar von der Kollegin Kampmann. Natürlich halten wir auch hier Ihre Zeit wieder an.

Herbert Reul^{*)}, Minister des Innern: Ja, selbstverständlich.

Christina Kampmann (SPD): Vielen Dank, Herr Reul, dass Sie die Zwischenfrage zulassen. – Ich glaube, die Menschen haben nicht nur den Eindruck, dass die Zahlen immer weiter steigen und zu wenig darauf reagiert wird, sondern das ist tatsächlich so. Bei Ihrer Rede bekommt man den Eindruck: Es ist ja alles gut, wie es ist. Die Studie ist die einzige Reaktion auf die stetig steigenden Zahlen.

Deshalb ist meine Frage, wenn wir mal über „Kurve kriegen“ hinaussehen – das war ja unser Programm und wird immer als das einzig erfolversprechende Instrument genannt –: Ist diese Studie das einzige Instrument, das die Landesregierung plant, um auf die immer größer werdende Zahl von Kinder- und

Jugendkriminalität in Nordrhein-Westfalen zu reagieren, oder haben Sie noch etwas anderes, was Sie in dieser Rede offensichtlich nicht nennen wollten?

Vizepräsident Rainer Schmeltzer: Bitte, Herr Minister.

Herbert Reul¹⁾, Minister des Innern: Erstens, Frau Abgeordnete, habe ich nicht gesagt, dass alles gut ist. Wo haben Sie das denn gehört? Ich habe das Problem überhaupt nicht kleingeredet.

Zweitens habe ich auch nicht gesagt, dass alles schon erledigt sei und wir schon alle Möglichkeiten ausgeschöpft hätten.

Drittens habe ich nicht nur „Kurve kriegen“ genannt, sondern drei oder vier Maßnahmen, die wir mittlerweile ergreifen.

Viertens habe ich Ihnen gesagt, wir brauchen noch weitere, zusätzliche Ideen. Ich glaube und hoffe, dass uns die wissenschaftliche Studie ein Stück helfen kann; denn man muss zielgenau arbeiten. Man muss die Ursachen kennen, um wirkungsvolle Maßnahmen zu ergreifen.

Wenn es zum Beispiel daran liegt, dass Kinder und Jugendliche über viele Jahre erzogen worden sind, ohne die Erfahrung zu machen, wie man mit Misserfolgen umgeht – Frustrationstoleranz sagt der Fachmann dazu –, dann könnte das eine ganz andere Konsequenz haben, als wenn es andere Gründe gibt. Es könnte zum Beispiel entscheidend sein, dass Gewaltdarstellungen im Internet und Spiele, die da stattfinden, Folgen in der Richtung haben, wie Kinder mit Gewalt umgehen, also dass das für sie kein Problem mehr ist, sondern ein Spiel. Könnte! Ich weiß das nicht.

Aber eines ist klar: Wir müssen da viel tiefer schürfen. Im Moment setzen wir polizeiliche Maßnahmen, gesellschaftspolitische Maßnahmen und pädagogische Maßnahmen um. Die reichen offenkundig nicht aus.

Unterstellen Sie mir bitte nicht, dass wir das Problem nicht sehen. Genauso wenig können Sie sagen, wir hätten nichts gemacht. Beides ist falsch.

(Vereinzelt Beifall von der CDU und den GRÜNEN)

Vizepräsident Rainer Schmeltzer: Vielen Dank, Herr Minister. – Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Wir sind somit am Schluss der Aussprache.

Wir kommen zur Abstimmung. Der Ältestenrat empfiehlt die Überweisung des Antrags Drucksache 18/8120 an den Innenausschuss – federführend –, an den Ausschuss für Familie, Kinder und Jugend, an den Rechtsausschuss sowie an den Ausschuss

für Schule und Bildung. Die abschließende Beratung und Abstimmung sollen im federführenden Ausschuss in öffentlicher Sitzung erfolgen. Wer stimmt der Überweisungsempfehlung zu? – Das sind die Fraktionen von SPD, Bündnis 90/Die Grünen, CDU, FDP und AfD. Wer stimmt dagegen? – Niemand. Wer Enthalt sich? – Niemand. Damit ist diese **Überweisungsempfehlung angenommen.**

Wir kommen zu:

9 Kann die Landesregierung überhaupt die Chancengleichheit im anstehenden Europawahlkampf sicherstellen? Polizei-Fiasko am 16.02.2024 in Münster.

Antrag
der Fraktion der AfD
Drucksache 18/8113

Ich eröffne die Aussprache und erteile für die antragstellende Fraktion dem Abgeordneten Dr. Vincentz das Wort.

Dr. Martin Vincentz (AfD): Vielen Dank. – Herr Präsident. Sehr geehrte Damen und Herren! Als Mitte Januar ein Neujahrsempfang der Grünen abgesagt wurde, gab es ein bundesweites Presseecho. Es war die Rede von einem Angriff auf die Demokratie.

Ich muss Ihnen sagen: Das ist richtig. Jede Partei sollte das Recht haben, sich friedlich zu versammeln und ihr Programm vorzustellen. Man darf eine Gegendemonstration anmelden. Man kann Politikern gerne die Meinung sagen, auch im direkten politischen Austausch miteinander, wenn man mal bei einem Vororttermin die Gelegenheit hat. Alles gut, alles richtig!

Aber keiner der Kollegen, egal wie man ihn findet, ob man ihn mag, was man ihm für eine persönliche Kopfnote geben würde, sollte von Menschen bedroht werden oder davon abgehalten werden, sein Mandat wahrzunehmen. Das ist eigentlich eine Grundselbstverständlichkeit.

Seit bald zehn Jahren in der AfD kenne ich es aber nicht anders, als dass genau das wieder und wieder und wieder und wieder und wieder passiert, egal ob es Drohanrufe bei Wirten sind, entglaste Veranstaltungshallen, Graffitis, zerstoche Reifen, zerkratzter Lack, brennende Autos, Drohanrufe in den Familien, Bedrohungen vor Ort oder Menschen, die angespuckt werden, die mit Dosen, mit Eiern, mit Flaschen beworfen werden. All das passiert, und zwar täglich, immer wieder bei AfD-Parteiveranstaltungen, wo Sie sich von Polizeicheckpoint zu Polizeicheckpoint bewegen müssen, um überhaupt Ihre politische Meinung einmal kundtun zu können, zuletzt beim Neujahrsempfang in Münster.